

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 2. September 2021
– Drucksache 17/789**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Blended Learning für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung COM(2021) 455 final (BR 644/21)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 2. September 2021 – Drucksache 17/789 – Kenntnis zu nehmen.

29.9.2021

Die Berichterstatterin:

Andrea Bogner-Unden

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 17/789, in seiner 3. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 29. September 2021.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE brachte vor, in der Coronapandemie habe das Thema „Blended Learning“ nochmals an Bedeutung gewonnen. Es reiche jedoch nicht, nur darüber zu sprechen, sondern es müsse auch umgesetzt werden. Hier seien sowohl die Landes- als auch die Bundesebene gefordert. Darüber hinaus sei es durchaus zu begrüßen, wenn der Prozess auch auf europäischer Ebene angehoben werde. Doch brauche es ihres Erachtens Zuschüsse, um die erforderlichen Maßnahmen realisieren zu können.

Abg. Katrin Steinhilb-Joos SPD legte dar, der Vorschlag der EU zum Blended Learning, also zu Mischformen zwischen schulischem Lernen und Fernlernen, für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung lasse sich nur unter bestimmten Voraussetzungen umsetzen. Die Empfehlungen seien richtig,

Ausgegeben: 5.10.2021

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

wichtig und gut, sie allein reichten aber nicht aus. Vielmehr brauche es für Baden-Württemberg eine klare Benchmark, die die Ziele für die nächsten Jahre ebenso wie die Maßnahmen, die noch in Angriff genommen werden müssten, um das kollektive Arbeiten zu ermöglichen, aufzeige. Beim zukunftsgerichteten Arbeiten am Computer gehe es beispielsweise auch darum, Dokumente teilen zu können. Wichtige zukunftsweisende Entwicklungen müssten konkretisiert werden. Hier brauche es ihres Erachtens noch klare Ziele der Landesregierung.

So sollte auch darüber nachgedacht werden, ob eine eigene landesweite Lernplattform mit einer Open-Source-Komponente eine Lösung sein könne. In diesem Zusammenhang werde immer wieder auf Norwegen verwiesen.

Vorsitzender Willi Stächele regte an, das Thema auch im Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport zur Sprache zu bringen.

Abg. Emil Sänze AfD gab zu bedenken, der Bildungsbereich sei quasi eines der letzten Refugien der Landeskompetenz. Nun werde möglicherweise versucht, das mit Geld aufzuweichen. In diesem Zusammenhang erinnere er an die Diskussionen zum Digitalpakt des Bundes. Das Land sollte mit Blick auf den Föderalismus wachsam sein. Seines Erachtens bestehe die Gefahr, dass der Empfehlungsvorschlag der EU der Beginn einer langsamen Unterwanderung sein könnte und dass das Ganze schließlich in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung falle. Dann verlöre das Land auch die Kompetenzen für den Bildungsbereich. Das sollte im Blick behalten werden.

Abg. Michael Joukov-Schwelling GRÜNE entgegnete, er halte den Begriff „Unterwanderung“ für demokratische Beschlüsse nicht für ratsam. Das Vereinigte Königreich, das derzeit mit massiven Problemen an Zapfsäulen und im Transportwesen konfrontiert sei, zeige doch gerade, dass Kleinstaaterei teuer sei.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU merkte an, die zahlreichen Einzelvorschläge der Europäischen Kommission gingen in eine vergleichbare Richtung wie die Coronamaßnahmen, die in Baden-Württemberg in der letzten Periode umgesetzt worden seien und auch aktuell noch Gültigkeit hätten. Es gehe darum, in digitale Geräte und Kompetenzen zu investieren. So zeige der Empfehlungsvorschlag der Kommission auch, dass Baden-Württemberg mit seinen Maßnahmen auf dem richtigen Weg gewesen sei und immer noch sei.

Abg. Catherine Kern GRÜNE äußerte, die Ausführungen von Herrn Sänze klingen nach ihrem Dafürhalten etwas nach einer Verschwörungstheorie. Bildung falle in die Hoheit des Landes. Der Empfehlungsvorschlag der Kommission sehe nicht vor, irgendetwas, was in Richtung Propaganda gehe, in den Lehrplänen unterzubringen. Vielmehr gehe es um den Zugang zu Bildung in der Europäischen Union. Deshalb sei der Empfehlungsvorschlag durchaus zu begrüßen. In der EU gebe es unterschiedliche Bildungsqualitäten. Es sei sehr wichtig, hier Zugang zu Bildung zu verschaffen. Alle Kinder in der EU hätten ein Recht auf Bildung. Das habe überhaupt nichts mit Lehrplänen zu tun. Bildung bleibe in Länderhoheit.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/789 Kenntnis zu nehmen.

4.10.2021

Bogner-Unden